Verbandssatzung des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung Metten - Offenberg (Zweckverbandssatzung Abwasser)

Der Markt Metten und die Gemeinde Offenberg schließen sich gemäß Art. 17 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 20. Juni 1994 (GVBl. S. 555), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetztes und anderer Gesetze vom 22.03.2018 (GVBl. S 145) zu einem Zweckverband zusammen und vereinbaren folgende Verbandssatzung:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Rechtsstellung
§ 2 Verbandsmitglieder
§ 3 Räumlicher Wirkungsbereich
§ 4 Aufgaben des Zweckverbandes und der Verbandsmitglieder

II. Verfassung und Verwaltung

§ 5 Verbandsorgane
§ 6 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
§ 7 Einberufung der Verbandsversammlung
§ 8 Sitzungen der Verbandsversammlung
§ 9 Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung
§ 10 Zuständigkeit der Verbandsversammlung
§ 11 Rechtsstellung der Verbandsräte
§ 12 Wahl des Verbandsvorsitzenden
§ 13 Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden
§ 14 Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden
§ 15 Geschäftsführung; Geschäftsstelle; Geschäftsleiter

III. Wirtschafts- und Haushaltsführung

§ 16 Anzuwendende Vorschriften
§ 17 Haushaltssatzung
§ 18 Deckung des Finanzbedarfs
§ 19 Festsetzung und Zahlung der Umlagen
§ 20 Kassenverwaltung
§ 21 Jahresrechnung, Prüfung

IV. Schlussbestimmungen

§ 22 Öffentliche Bekanntmachungen
§ 23 Besondere Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde
§ 24 Auflösung, Auseinandersetzung
§ 25 Inkrafttreten
I. Allgemeine Vorschriften

§ 1
Rechtsstellung

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Metten/Offenberg“. Die Kurzbezeichnung lautet „ZV Abwasser Metten/Offenberg“. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in der Gemeinde, die den Verbandsvorsitzenden stellt.

§ 2
Verbandsmitglieder

(1) Verbandsmitglieder des Zweckverbandes sind der Markt Metten, Krankenhausstraße 22, 94526 Metten und die Gemeinde Offenberg, Rathausplatz 1, 94560 Offenberg.

(2) Jedes Verbandsmitglied kann zum Schluss eines Haushaltsjahres aus dem Zweckverband austreten, wenn die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmenzahl zustimmt. Der Austritt muss mindestens 5 Jahre vorher schriftlich erklärt werden. Das Recht, aus wichtigem Grunde zu kündigen (Art. 44 Abs. 3 KommZG), bleibt unberührt.

§ 3
Räumlicher Wirkungsbereich

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst das Gebiet von Metten in dem Umfang, wie er sich aus der Anlage 1 (Lageplan mit Darstellung der gemeinsamen Anlagen und Grundstücke), die Bestandteil dieser Satzung ist, ergibt.

§ 4
Aufgaben des Zweckverbands und der Verbandsmitglieder

(1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, für seine Mitglieder eine zentrale Abwasserbeseitigungsanlage zu planen, zu errichten, zu verbessern, zu erneuern, zu betreiben, zu unterhalten und im Bedarfsfall zu erweitern. Zu den Verbandsanlagen gehören im Einzelnen:

- die Kläranlage mit sämtlichen Nebeneinrichtungen inklusive Ableitung in den Vorfluter einschließlich Grundstücksteilfläche Flur-Nr. 249/5 der Gemarkung Metten (ca. 9.900 m²);
- Messeinrichtung beim Anwesen Krankenhausstraße 41, Metten
- Kanal von der Messeinrichtung Krankenhausstraße bis zur Kläranlage Metten einschließlich Regenüberlaufbecken in der Donaustraße, Rückstau-Sicherungseinrichtung, Pumpenanlage PA 263 einschließlich Grundstück, Druckleitung
- Zufahrt vom Parkplatz an der Donaustraße bis zur Kläranlage

Lage, Umfang und Leitungsführung der Anlagen ergeben sich aus den Planunterlagen, die als Anlage 1 zum Bestandteil der Satzung erklärt werden.

(2) Die Planung, Errichtung, Verbesserung, Erneuerung, der Betrieb, die Unterhaltung und Erweiterung der örtlichen Kanalnetze bleibt, mit Ausnahme der in Abs. 1 genannten gemeinsam genutzten Anlagen, Aufgabe der Verbandsmitglieder.

(3) Der Zweckverband übernimmt ab 01.01.2019 den Betrieb der bestehenden Kläranlage für die Zeit bis zur Fertigstellung der neuen Kläranlage.


(5) Der Zweckverband erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht.


(7) Die Verbandsmitglieder gestatten dem Zweckverband für die Durchführung seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Benutzung ihrer Akten, Pläne sowie sonstiger Unterlagen und Daten.

II. Verfassung und Verwaltung

§ 5
Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbands sind
1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorsitzende.

§ 6
Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten.


(3) Die Verbandsmitglieder werden in der Verbandsversammlung durch ihre ersten Bürgermeister (geborene Verbandsräte) und die von ihren Gemeinderäten bestimmten weiteren Verbandsräte (gekorene Verbandsräte) vertreten. An die Stelle des verhinderten ersten Bürgermeisters tritt sein gewählter Stellvertreter nach Art. 39 Abs. 1 GO; mit Zustimmung der vorstehend Genannten kann eine Gemeinde auch andere Stellvertreter bestellen.


§ 7

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung tritt auf schriftliche oder elektronische Einladung des Verbandsvorsitzenden zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsräten spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf vierundzwanzig Stunden abkürzen.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn es ein Drittel der Verbandsräte oder die zuständige Aufsichtsbehörde beantragen; im Antrag sind die Beratungsgegenstände anzugeben.

§ 8

Sitzungen der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände für die Verbandsversammlung vor. Der Verbandsvorsitzende leitet die Sitzung und handhabt die Ordnung während der Sitzung.


§ 9

Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung
(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen, die Mehrheit der Verbandsräte anwesend und stimmberechtigt ist. Über andere als in der Einladung angegebene Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn die Angelegenheit dringlich ist oder alle Verbandsräte erschienen und mit einer Beschlussfassung einverstanden sind.

(2) Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf der persönlichen Beteiligung der Mehrheit der Verbandsräte beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig; auf diese Folge ist in der zweiten Ladung ausdrücklich hinzuweisen.

(3) Soweit das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit oder diese Verbandsversammlung nicht etwas anderes vorschreibt, werden die Beschlüsse der Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst; es wird offen abgestimmt. Jeder Verbandsrat hat eine Stimme.

(4) Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Kein Verbandsrat darf sich der Stimme enthalten; enthält sich ein Verbandsrat trotzdem der Stimme, so gehört er nicht zu den Abstimmenden.


§ 10
Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist ausschließlich zuständig für
1. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
2. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, die Nachtragshaushaltssatzungen und die Aufnahme von zusätzlichen Krediten während der vorläufigen Haushaltsführung,
3. die Beschlussfassung über den Finanzplan,
4. die Feststellung der Jahresrechnung und die Entlastung,
5. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter, ggf. die Bestellung der Mitglieder des Verbandsausschusses und die Festsetzung von Entschädigungen,
6. die Bildung, Besetzung und Auflösung weiterer Ausschüsse,
7. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
8. die Beschlussfassung über die Änderung der Verbandssatzung, die Auflösung des Zweckverbands und die Bestellung von Abwicklern,
9. Personalangelegenheiten für eigenes Personal des Zweckverbandes entsprechend der gesetzlichen Regelung des Art. 38 KommZG.

(2) Die Verbandsversammlung beschließt ferner über die anderen ihr im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen Gegenstände. Sie ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über
1. den Erwerb, die Belastung, den Tausch und die Veräußerung von Grundstücken,
2. den Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Zweckverband Verpflichtungen in Höhe von mehr als 10.000 € mit sich bringen,

§ 11
Rechtsstellung der Verbandsräte

Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig. Entschädigungen der Verbandsräte sind in einer entsprechenden Satzung zu regeln.

§ 12
Wahl des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt. Der Verbandsvorsitzende soll der gesetzliche Vertreter eines Verbandsmitgliedes sein.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden auf die Dauer von sechs Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, auf die Dauer dieses Amtes gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden weiter aus.

§ 13
Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen. Er führt den Vorsitz in der Verbandsversammlung.

(2) Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und erledigt in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung kraft Gesetzes dem ersten Bürgermeister zukommen. Er erfüllt die ihm im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen weiteren Aufgaben.

(3) Der Verbandsvorsitzende ist insbesondere zuständig für
1. den Vollzug der Beschlüsse der Verbandsversammlung,
2. die Personalplanung/-überwachung,
3. die laufenden Angelegenheiten, die für den Zweckverband keine grundsätzliche Bedeutung haben
4. dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte (Art. 37 Abs. 3 GO).
(4) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden unbeschadet des § 10 Abs. 1 weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

(5) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse seinem Stellvertreter und in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Dienstkräften des Zweckverbands oder mit Zustimmung des Verbandsmitglieds dessen vertretungsberechtigtem Organ oder dessen Dienstkräften übertragen.

(6) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform.

§ 14
Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden


§ 15
Geschäftsführung; Geschäftsstelle; Geschäftsführer

(1) Der Zweckverband errichtet eine Geschäftsstelle in der Gemeinde, die den Verbandsvorsitzenden stellt. Der Zweckverband bestellt eine(n) Geschäftsführer(in).


(4) Der/Die Geschäftsführer(in) und die Betriebsleiter nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung und ihrer Ausschüsse beratend teil.

III. Wirtschafts- und Haushaltsführung

§ 16
Anzuwendende Vorschriften


§ 17
Haushaltssatzung

(1) Der Entwurf der Haushaltssatzung ist den Verbandsmitgliedern rechtzeitig, spätestens vier Wochen vor der Beschlussfassung in der Verbandsversammlung, zu übermitteln.

(2) Die Haushaltssatzung ist spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres zu beschließen und mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

(3) Die Haushaltssatzung wird, wenn rechtsaufsichtliche Genehmigungen erforderlich sind, nach Erteilung der Genehmigungen, sonst einen Monat nach der Vorlage an die Aufsichtsbehörde nach § 22 Abs. 1 bekannt gemacht.

§ 18
Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern Umlagen.


- Markt Metten 5.500 EW (55 %),
- Gemeinde Offenberg 4.500 EW (45 %),

insgesamt 10.000 EW (100 %).

Bei einer tatsächlichen Überschreitung der in Satz 3 festgesetzten EW erfolgt zu Beginn der darauffolgenden Wahlperiode eine entsprechende Anpassung. Der Umlegungsschlüssel für die einzelnen Investitionskostenstellen ist in der Anlage 2 festgelegt. Die Anlage 2 ist Bestandteil dieser Satzung.


(3) Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte laufende Finanzbedarf wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Verwaltungskostenumlage). Zum laufenden Finanzbedarf im


5) Die Umlegung der Verwaltungskosten für die bestehende Kläranlage wird wie folgt geregelt:

- Für die vom Zweckverband Abwasser zu erbringenden Leistungen ist die Gemeinde Offenberg verpflichtet, einen anteiligen Betriebskostenbeitrag nach dem Verhältnis der gemessenen Abwassermenge beim Übergabeschacht 204.1 (Krankenhausstraße) zur Gesamtmenge bei der Einleitung an der Kläranlage zu entrichten.
- Betriebs- und Unterhaltungskosten sind insbesondere die tatsächlichen Ausgaben (Rechnungsergebnisse) für den Betrieb und den Unterhalt der gemeinsamen Entwässerungseinrichtungen (Kläranlage), soweit sie von der Gemeinde Offenberg mitbenutzt werden.
- Soweit ein Baukostenbeitrag für gemeinsam genutzte Anlagen durch die Gemeinde Offenberg geleistet wurde, werden kalkulatorische Kosten für die dem Baukostenbeitrag entsprechenden Investitionen nicht erhoben.


(7) Ergibt sich für ein abgelaufenes Haushaltsjahr in der Haushaltsrechnung des Zweckverbands ein Überschuss (§ 79 Abs. 3 KommHV-Kameralistik), der ganz oder teilweise darauf beruht, dass nach dem tatsächlichen Ablauf der Haushaltswirtschaft der Bedarf an Vermögensumlage oder Verwaltungskostenumlage niedriger gewesen ist, als er in der Haushaltsabnahme festgesetzt worden war, so bringt der Zweckverband den Mitgliedsgemeinden die über den tatsächlichen Umlagenbedarf hinaus gezahlten Umlagenbeträge spätestens in dem auf das Haushaltsjahr folgenden zweitnächsten Jahr wieder gut.
§ 19
Festsetzung und Zahlung der Umlagen

(1) Die Vermögensumlage und die Verwaltungskostenumlager werden in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr neu festgesetzt. Sie können während des Haushaltsjahres nur durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden.

(2) Bei der Festsetzung der Vermögensumlage ist anzugeben:
   1. die Höhe des durch Zuschüsse, Kredite und sonstige Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarfs für Investitionen (Umlagesoll);
   2. Umlagesatz nach Anlage 2 dieser Satzung
   3. die Höhe des Vermögensumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied.

(3) Bei der Festsetzung der Verwaltungskostenumlager ist anzugeben:
   1. die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten laufenden Finanzbedarfs einschließlich der Angabe des Teilbetrags, mit dem die Betriebskostenumlager auf die Deckung der Schuldendienstleistung entfällt; die Betriebskosten sind entsprechend der Anlage 3 auf die einzelnen Kostenstellen umzulegen und entsprechend darzustellen.
   2. Umlagesatz nach Anlage 3 dieser Satzung
   3. die Höhe des Verwaltungskostenumlagerbetrages für jedes Verbandsmitglied.

(4) Der Umlagebetrug ist den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagebescheid).


(6) Ist die Vermögensumlage oder die Verwaltungskostenumlager bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgesetzt, so kann der Zweckverband bis zur Festsetzung vorläufige vierteljährliche Teilbeträge in Höhe der im abgelaufenen Haushaltsjahr zuletzt erhobenen monatlichen Teilbeträge erheben. Nach Festsetzung der Umlage für das laufende Haushaltsjahr ist über diese vorläufigen Zahlungen zum nächsten Fälligkeitszeitpunkt abzurechnen.

§ 20
Kassenverwaltung

Die Kassengeschäfte des Zweckverbands werden von der Verwaltung des Verbandsmitglieds geführt, das den Verbandsvorsitzenden stellt.

§ 21
Jahresrechnung, Prüfung

(1) Der Verbandsvorsitzende legt die Jahresrechnung der Verbandsversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres vor.

(3) Nach Abschluss der örtlichen Prüfung ist die Jahresrechnung der Verbandsversammlung vorzulegen. Die Verbandsversammlung stellt die Jahresrechnung fest und beschließt über die Entlastung.

(4) Nach der Feststellung der Jahresrechnung findet die überörtliche Rechnungsprüfung statt. Überörtliches Prüfungsorgan ist die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamts Deggendorf.

IV. Schlussbestimmungen

§ 22
Öffentliche Bekanntmachungen


(2) Sonstige öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbands sind in ortsüblicher Weise vorzunehmen.

§ 23
Besondere Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde

(1) Aufsichtsbehörde ist das Landratsamt Deggendorf.

(2) Abweichend von § 7 Abs. 1 wird die Verbandsversammlung zu ihrer ersten Sitzung von der Aufsichtsbehörde einberufen (Art. 32 Abs. 1 Satz 2 KommZG). Die Aufsichtsbehörde kann die Verbandsversammlung auch einberufen, wenn der Vorsitzende und sein Stellvertreter verhindert sind und die Tagung der Verbandsversammlung unaufschießbar ist.

(3) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern, wenn sie sich gleich geordnet gegenüberstehen, und bei Streitigkeiten der Mitglieder des Zweckverbandes untereinander aus dem Verbandsverhältnis ist die Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 24
Auflösung, Auseinandersetzung


(2) Findet eine Abwicklung statt, so hat der Markt Metten das Recht, die auf seinem Gebiet gelegenen gemeinsamen Anlagen, die zentralen Entwässerungsanlage (Sammelkläranlage) und die Pumpstation zum geschätzten Zeitwert zu übernehmen. Bei den zentralen Entwässerungsanlagen ist der Gemeinde Offenberg auf Verlangen ein Mitbenutzungsrecht auf der Grundlage einer gesondert abzuschließenden Zweckvereinbarung einzuräumen. Im Übrigen ist das Vermögen nach Befriedigung der Gläubiger an die Verbandsmitglieder unter Anrechnung der übernommenen Gegenstände nach den in § 18 Abs. 2 und
3 bzw. nach Anlage 2 und 3 dieser Satzung festgelegtem Verhältnis zu verteilen. Übersteigen bei Auflösung des Zweckverbandes die Verbindlichkeiten das vorhandene Vermögen, so ist der Fehlbetrag nach demselben Verhältnis auf die Verbandsmitglieder umzulegen.

§ 25
Inkrafttreten

Der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Metten-Offenberg entsteht zum 01.01.2019. Gleichzeitig tritt diese Verbandssatzung in Kraft.
Übersicht über die zu leistenden Investitionskostenanteile im Zweckverband „Abwasser Metten/Offenberg“

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anlagenteil:</th>
<th>Aufteilung Investitionskosten bei erstmaligem/r Neubau/Beschaffung in %</th>
<th>bei künftiger Sanierung/Erneuerung/ Ersatzbeschaffung in %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Anteil Metten</td>
<td>Anteil Offenberg</td>
</tr>
<tr>
<td>Neubau Kläranlage, Gebäude, technische Einrichtungen, Pumpen usw.</td>
<td>55</td>
<td>45</td>
</tr>
<tr>
<td>Erneuerung/Verbreiterung Zufahrt Kläranlage (für den auf das Kläranlagengrundstück entfallenden Anteil, Aufteilung im Verhältnis 9.900 m²/13.836 m²)</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
<tr>
<td>Gemeinsam genutzte Anlagen:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Messschacht 204.1, Krankenhausstraße</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
<tr>
<td>Kanal von Messschacht 204.1 bis Schacht 255 B bei Anwesen Lohmer, Donaustr. 25 b bei erstmaliger Sanierung/Erneuerung</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
<tr>
<td>Kanal von Schacht 255 b bis Pumpstation PA 263 Donaustraße</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauwerke Pumpstation PA 263 Donaustraße, Regenüberlaufbecken einschl. Pumpen</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
<tr>
<td>Kanal/Druckleitung von Pumpstation PA 263 Donaustraße bis bis Übergabestelle an der Kläranlage nach Schacht 271 b im Böschungsbereich der Staatsstraße 2125 einschließlich Zuführung unter der Staatsstraße 2125</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
<tr>
<td>Neuerrichtung Schmutzwasserkanal von Donaustraße 68 A bis Donaustraße 55 einschließlich Querung Offenberger Mühlbach im Jahr 2018</td>
<td>55</td>
<td>45</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Investitionen:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>PKW</td>
<td>Bestand</td>
<td>Bestand</td>
</tr>
</tbody>
</table>

06.12.2018
Anlage 3:

Übersicht über die zu leistenden Unterhalts- bzw. Betriebskostenanteile im Zusammenhang mit dem Zweckverband „Abwasserbeseitigung“

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anlagenteil:</th>
<th>Aufteilung Betriebskosten</th>
<th>Aufteilung Energiekosten</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Anteil Metten</td>
<td>Anteil Offenberg</td>
</tr>
<tr>
<td>Betriebskosten Messschacht 204.1, Krankenhausstraße</td>
<td>55 %</td>
<td>45 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Betriebskosten Kläranlage:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sandfang, Rechen, Belüftung, Sandwäsche (§ 11 Abs. 1 A)</td>
<td>Mengenproportional (MP)</td>
<td>MP</td>
</tr>
<tr>
<td>Hochwasserpumpe (§ 11 Abs. 1 B)</td>
<td>MP</td>
<td>MP</td>
</tr>
<tr>
<td>Belebungseinheit, O²-Eintrag, P-Fällung, Nachklärbecken, Rücklaufschlamm (§ 11 Abs. 1 C)</td>
<td>Frachtproportional (FP)</td>
<td>FP</td>
</tr>
<tr>
<td>Allgemeine Betriebskosten:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Personalkosten Geschäftsführung, Finanzverwaltung</td>
<td>55 %</td>
<td>45 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Kläranlagenpersonal</td>
<td>55 %</td>
<td>45 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Versicherungen</td>
<td>55 %</td>
<td>45 %</td>
</tr>
<tr>
<td>KFZ-Kosten</td>
<td>55 %</td>
<td>45 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Pflege Außenanlagen Kläranlage/Pumpstation Donaustraße</td>
<td>55 %</td>
<td>45 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Entsorgung:

| Rechengu, Klärschlamm | FP | FP |

Betriebskosten gemeinsam genutzte Anlagen:

| Kanal Messschacht 204.1 bis Schacht 255 B einschl. Regenüberlaufbecken und Pumpen bei Anwesen Lohmer, Donaustr. 25 b | 55 % | 45 % |
| Kanal von Schacht 255 b bis Pumpstation PA 263 Donaustraße | 55 % | 45 % |
| Bauwerk PA 263 Donaustraße einschl. Pumpen | 55 % | 45 % | MP | MP |
| Kanal/Druckleitung von Pumpstation PA 263 Donaustraße bis Übergabestelle an der Kläranlage nach Schacht 271 b im Böschungsbereich der Staatsstraße 2125 einschließlich Zuführung unter der Staatsstraße 2125 | 55 % | 45 % |
| Schmutzwasserkanal von Donaustraße 68 A bis Donaustraße 55 einschließlich Querung Offenberger Mühlbach | 100 % | 0 % |

06.12.2018